



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Aus Baden.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

in den Aeußerungen derer, welche von einem Aufgehen in Preußen sprechen, und nicht grade in Aeußerungen von Doctrinären in Kurhessen, sondern von Geschäftsleuten, denen der jetzige kurhessische Geschäftsbetrieb gesundheitsgefährlich wird. Alle sind doch nicht in der Lage auszuwandern!

Der letztere Fall, die Verzweiflung an der Kleinstaatserei, kann natürlich für den Regenten von Kurhessen nur der weniger erwünschte sein; wenn ihm die Wahl lediglich zwischen zweien bleibt, wird er unbedingt den ersteren nehmen, bei dem er höchstens gewinnen kann — und zwar an Popularität — und nicht verlieren kann, was doch nicht zu retten ist.

Wird aber der Rechts- und Verwaltungszustand Kurhessens wieder auf den geseglichen Stand der Jahre 1848 und 1849 zurückgeführt, dann macht sich die übrige Entwicklung von selbst. Die oben erwähnten Stockungen werden dann verschwinden wie die Spreu vor dem Winde.

Auß Baden.

Ende September.

Seit ich Ihnen zuletzt geschrieben, haben so große und weittragende Vorgänge auf dem Gebiete der großen Politik die Aufmerksamkeit derjenigen, welche den Entwicklungen des öffentlichen Lebens in Deutschland mit ernsterem Antheil folgen, geseffelt, daß die Bewegung, die sich indeß auch bei uns vollzog, auswärts ziemlich unbeachtet vorübergegangen ist. Wir haben eigentlich weder Recht noch Ursache, darüber zu klagen. Kein Recht; denn die Zeiten sind vorbei, da man einen Kleinstaat berufen glaubte, als Muster und nachahmungswerthes Beispiel dem ganzen deutschen Vaterlande voranzuleuchten, und leider auch jene besseren und vernünftigeren, wo wir in Baden glauben durften, mit der Politik unserer liberalen Regierung in ihren Beziehungen zum Lande und zu der deutschen Verfassungsfrage in einem Fahrwasser zu segeln, in das naturgemäß auch die Riele der übrigen Staatsschiffe und Schifflein hineinsteuern oder hineintreiben mußten. Keine Ursache; denn wie die Dinge jetzt liegen, ist der beste Wunsch für unsere innern Verhältnisse das archimedische nolite turbare circulos meos! Laßt uns in unserem südwestlichen Winkel Deutschlands unsere Reformen ruhig und ungestört durchführen. Wir wollen kein Musterstaat für

Guch sein. Wir sind zufrieden, wenn wir uns selber musterhaft vorkommen! Und in dieser Richtung haben wir in Baden seit dem Frühling dieses Jahres einen entschiedenen Fortschritt gemacht. Daß er mit großem Pomp und vielem Lärm in Scene gesetzt wurde, verdankt die liberale Partei ihren Gegnern, den Ultramontanen.

Die Schulfrage gab zunächst, nachdem die Ortsschulrathswahlen vollendet waren, nachdem trotz den zahlreichen Petitionen der „wandernden Kasinos“ die beiden Kammern der Regierung ein Vertrauensvotum ertheilt und die Wühlereien und Angriffe der Schwarzen ruhig, aber sehr entschieden zurückgewiesen hatten, keinen Anlaß zu einer Fortsetzung der klerikalen Agitation. Die unermüdlichen Agitatoren fanden bald einen neuen Gegenstand, an den sie ihre Bestrebungen anknüpfen konnten, und wenn sie selbst den Kampf in der Schulfrage uns als ein Scharmügel, als ein Vorpostengefecht bezeichnet hatten, so traten sie in dem neuen Feldzuge mit dem ganzen Apparat, der ihnen zu Gebote steht, mit regulären Truppen und mit dem „schwarzen Landsturm“, wie der Volkswitz ihre Anhänger in den großen Massen nannte, auf. Diesmal war es eine Angelegenheit, die nicht nur mit der Religion, sondern, im strengen Sinne des Wortes genommen, eigentlich auch mit der Politik nichts zu thun hat, an welche die ultramontane Hegerie und Wühlerei sich herandrängte — die Wahl zu den Kreisversammlungen.

Durch die neue Organisation der innern Verwaltung ist in Baden der Grundsatz der Selbstverwaltung zum ersten Male in Deutschland mit einer Consequenz durchgeführt worden, die nur der verständigen und redlichen Mitwirkung der ganzen Bevölkerung bedarf, um auf allen Gebieten des staatlichen Lebens die segensreichste Wirkung zu erzielen und das gesammte öffentliche Leben erst recht mit der Verfassung in Einklang zu bringen, die eigentlich seit ihrem Bestehen diese Gestalt der Landesverwaltung voraussetzte, der wir uns nun seit einem Jahre erfreuen.

Eines der wichtigsten Glieder in dem Gefüge dieser Organisation ist die Kreisgemeinde, welcher für einen größeren Complex eine ähnliche Aufgabe zufällt, wie sie die eigentliche Gemeinde und die Bezirksgemeinde in ihrem Wirkungsgebiete zu erfüllen haben. Diese Kreise bilden körperschaftliche Verbände, besorgen ihre Angelegenheiten selbständig, können Vermögen erwerben und besitzen und haben die Aufgabe, über solche Einrichtungen und Anstalten zu beschließen, welche die Entwicklung, Pflege und Förderung der Interessen des ganzen Kreises betreffen. Die Kreisangehörigen werden durch die Kreisversammlung vertreten; für Verwaltung der Kreisangelegenheiten besteht ein Kreis-ausschuß. Die Kreisversammlungen werden durch die Großgrundbesitzer des Kreises, durch Vertreter der Gemeinden und endlich durch Mitglieder gebildet, welche von gewählten Kreiswahl Männern mit geheimer Stimmgebung (die auch

bei den Urwahlen stattfindet) gewählt werden. Als die hauptsächlichsten Verwaltungsgegenstände der Kreisversammlungen werden in dem Verwaltungsge-
setze bezeichnet: Anlegung von Straßen, Brücken und Kanälen, Errichtung von
Sparcassen, Kreisschulanstalten, Waisen-, Armen- und Krankenhäusern, Auf-
nahme von Anlehen u. s. w.

Die ersten Urwahlen zu diesen, wie wir sahen, lediglich mit Verwaltungs-
angelegenheiten betrauten Versammlungen, die am 4. September gleichzeitig für
das ganze Land stattfanden, benutzten also die Ultramontanen, um ihre Agi-
tation neu zu beleben, welche nach dem völligen Mißlingen der Kasinobewegung
einige Monate lang geschlummert hatte.

Sie war vorbereitet worden durch Flugblätter, welche Auflösung der
Kammern und Abänderung des ziemlich konservativen Wahlgesetzes von 1818
forderten. Als der Wahltermin heranrückte, folgten diesen wenig bemerkten
Tirailleuren in Gilmärschen die geschlossenen Colonnen und das schwere Geschütz.
Keine Vorspiegelung war dieser Partei zu verworfen, um nicht aus dem wohl-
assortirten Arsenal hervorgeholt und auf den Wahlplatz geschleudert zu werden.
Zunächst wehten plötzlich wieder auf allen Straßen die Fahnen einer drohenden
Religionsgefahr. Um diese wahrscheinlich zu machen, wurde die Competenz
der Kreisversammlungen betont, Kreisschulanstalten zu errichten, natürlich aber
verschwiegen, daß darunter schlechterdings keine Volksschulen, sondern höhere
Bürger- und Fortbildungsschulen allein verstanden sein können. Dann aber
ging die Verdrehung der Wahrheit noch einen Schritt weiter. Es wurde dem
Landvolk (denn nur auf dem platten Lande und in den kleinsten Städten ver-
suchte die Partei diesmal ihr Glück) vorgespiegelt, daß die Kreisversammlungen
im Stande sein würden, einen Wechsel im Regierungssystem und in der Ge-
setzgebung des Landes herbeizuführen. Es wurde förmlich darauf hingearbeitet,
11 Gegenkammern in den 11 Kreisen des Landes zu organisiren, mit ihrer
Hilfe zunächst die Abgeordnetenkammer zu sprengen, dann das Ministerium zu
stürzen. Die Führer hätten bedenken müssen, daß bei der Stellung, welche die
Regierung nach dem Gesetze zu den Kreisversammlungen einnimmt, dies Resultat
absolut nicht erreichbar sei. Die Landescommissäre und die Kreishauptleute
wohnen nämlich den Sitzungen bei und haben vor allem Sorge zu tragen,
daß die Kreisversammlungen ihre Competenz nirgends überschreiten. Also selbst
durchaus klerikale Kreisversammlungen hätten allerdings die Interessen ihrer
Kreise den Befehlen ihrer Parteihäupter opfern, aber auf die Regierung selbst
durchaus keinen Einfluß ausüben können. Aber diese Einsicht war entweder
nicht vorhanden, oder sie wurde — was wahrscheinlicher ist — gewaltsam
zurückgedrängt, und es handelte sich eigentlich für die Ultramontanen, die nun
plötzlich unter der Maske der „konservativen Opposition“ den Schauplatz be-
traten, nur darum, Unruhen anzustiften, den Boden zu unterwühlen, der Re-

gierung Verlegenheiten zu bereiten. Das Streben der biedern Religionswächter schlug ins grade Gegentheil um.

Vor allem die Art und Weise ihrer Agitation begann jeden halbwegs anständigen Mann anzuekeln. Dieses Appelliren an den souveränen Unverstand in ihren Flugschriften, in den kleinen Zeitungen der Partei, die plötzlich wie Pilze aus dem Boden schossen, in den Versammlungen, die sie landauf und ab veranstalteten und überall durch dieselben paar großmäuligen Redner haranguiren ließen, mußte jeden Mann von politischer Einsicht, auch wenn er zu den Gegnern des jetzigen Ministeriums gehörte, mit Bedenken erfüllen. Noch mehr die vollendete Verachtung der bestehenden Geseze, die ihre Führer allenthalben trotz einer zur Schau getragenen „Gesezestreue“ verriethen. Wahlbesprechungen der Wahlberechtigten, erklärt das Vereinsgesetz, dürften nie als Volksversammlungen gelten. Die Ultramontanen dachten diesen Satz zur Wiederbelebung des Kasinos zu benutzen. Allenthalben beriefen sie Volksversammlungen, aber nirgends beschränkten sie die Zahl der Theilnehmer auf die Wahlberechtigten. Unter der Führung der Geistlichen zogen, wie einst zu den Kasinos, so jetzt zu den Wahlversammlungen neben den Männern auch Frauen und Kinder herbei. Statt Wahlbesprechungen zu pflegen, wurde das Kreuz gegen die Regierung gepredigt. Und wenn nun der Bezirksbeamte solche Versammlungen auflöste, die eben zu Volksversammlungen geworden waren, ohne die für solche vorgeschriebenen Bestimmungen erfüllt zu haben, dann schrie die fromme Partei über den entsetzlichen, unerträglichen Druck, der auf den Katholiken dieses Landes lastete. „Unter Blittersdorff waren wir freier“ — behauptete mit fecker Stirne das Hauptblatt der Partei, der „Badiſche Beobachter“. In der That, es erinnern diese Klagen an den Schmerzensschrei, den die Demokraten unter dem Ministerium Bock über die „schmachvolle Unterdrückung“ des Volkes ausstießen, in einer Zeit, in welcher der Mißbrauch der Presse und des Vereinswesens den Höhepunkt erreicht hatte.

Das Parteitreiben der Ultramontanen entbehrte keineswegs einer vortreflichen und unermüdlischen Leitung. In Freiburg sitzt eine Art „geheimer Nationalregierung“ (die Herren haben sich in den „Köln. Blättern“ selbst so genannt), welche ihre Circulare, Anweisungen, Flugblätter und Wahlprogramme im Lande austreut, die kleinen der Partei dienbaren Localblättchen mit gesinnungstüchtigen Artikeln versieht und die Verbindung der rudis indigestaque moles der fanatisirten Landbevölkerung mit der Curie des Erzbischofs in allen den Fällen erhält, in welchen die Kirchenbehörde sich nicht selber an die Spitze der Agitation stellen kann.

Es sind das seltene Fälle; denn das Kirchenregiment hat sich nicht gescheut, in diesem Kampfe ganz offen der Regierung den Fehdehandschuh hinzuwerfen. Es erschien ein sog. Hirtenbrief des alten, persönlich sehr wohlwollenden, aber

nie geistig hervorragenden und darum doppelt leicht zu beeinflussenden Erzbischofs von Freiburg. Der Ton, in dem dieses Machwerk abgefaßt war, für dessen Urheber man mit gutem Grunde den Hofcaplan Strehle, einen bekannten jesuitischen Intriguanten, den Kanzleidirector Maas, einen getauften Juden, und den Pfarrer Weickum, einen übergetretenen Protestanten, hält, wird am besten durch die Bezeichnung charakterisirt, welche ihm die liberalen Blätter gegeben haben, die ihn regelmäßig statt Hirtenbrief nur den Brandbrief des Erzbischofs nannten. Es spricht in der That aus diesem Actenstück, welches die Lage der Dinge so hinstellt, als ob in Baden die grausamste Christenverfolgung wüthe, welches mit den pathetischen Worten schließt, die Kirche könne sich vor den Verfolgungen der Gegner wieder in die Katacomben flüchten, aber zur Dienstmagd des Staates könne sie sich nie erniedrigen lassen, es spricht daraus eine vollständige Mißachtung der Regierung, des Landesherrn, der Landesgesetze. Die entschiedensten Gegner des alten aufgeklärten Absolutismus haben nicht umhin gekonnt, nach der Lectüre dieses Actenstückes die Wiedereinführung des Placet als sehr wünschenswerth zu bezeichnen.

Aber damit war es nicht genug. Die Geistlichen der Diocese wurden zu einer Conferenz nach Freiburg berufen und faßten dort Resolutionen, welche ihre offene Auflehnung gegen die Staatsgewalt mit nackten Worten proclamirten. Sie richteten, ganz im Geiste der polnischen revolutionären Kleriker, das Gesuch an den Erzbischof, an einem bestimmten Tage im ganzen Land einen feierlichen Gottesdienst „um Erhaltung der katholischen Kirche in Baden“ anzuberaumen. Und, damit dem aufrührerischen Gebahren auch die komische Seite nicht fehle, sie ersuchten den Erzbischof, den deutschen Bund um „Schutz für die badischen Katholiken“ anzurufen. Den in diesem Sinne agitirenden Priestern, welche die Kanzel urplötzlich in eine Tribüne verwandelten, von der im Tone des reinsten Jacobinerthums gegen die „Stadtherrn“, die „Geldprozen“, die Bourgeois, die kein Herz für das Volk hätten, die Fabriktyrannen u. s. w. gepredigt wurde, schlossen sich da und dort ultramontan gesinnte Adelige an. Es war ein sonderbares Schauspiel, da und dort die stolzen Junker plötzlich an der Spitze von Versammlungen zu sehen, in denen die unterste Schichte der Bevölkerung den wohlfeilstudirten Reden ihrer Leithammel mit plebejischem Wohlbehagen Beifall zubrüllte.

Dieser Verbindung der Junker mit den Pfaffen hätte es kaum mehr bedurft, um den Mittelstand noch fester als bisher an das System der Regierung zu knüpfen. Daß das ganze Geschrei von bedrohter Religion nichts weiter bezweckte, als auch auf dem staatlichen Gebiete die Reaction zurückzuführen, lag auf offener Hand für jeden, der hören und sehen wollte.

Troßdem hielt es die liberale Partei nicht für unnöthig, auch ihrerseits eine Wahlagitation zu eröffnen, die sich aber überall in den gesetzlichen Grenzen

hielt und nur ein paar Mal zu handgreiflichen Conflicten führte, die bei solchen Anlässen, wo derbe und aufgeregte Landbewohner feindselig aufeinanderstoßen, nun einmal unvermeidlich sind.

Am 4. September war der Kampf an den Wahlurnen, welche für alle selbständigen Männer, die über 25 Jahre alt und seit einem Jahre im Bezirk ansässig waren, überall von Morgens 8 bis 12 Uhr offen standen, ein überaus lebhafter. Nicht nur in den größeren und kleineren Städten, auch auf dem platten Lande traten oft mehr als zwei Drittel der Wahlberechtigten an die Urnen. So lange die Bevölkerung Badens an der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten Antheil hat, also seit beinahe 50 Jahren, war eine solche Theiligung noch nicht erlebt worden. Und dies erfreuliche Resultat hatte man lediglich den Ultramontanen zu verdanken. Ohne ihre aufs Aeußerste getriebene Agitation hätte vielleicht nicht die Hälfte der Männer, die am 4. September wählten, dies politische Recht ausgeübt. Der drohenden Gefahr einer Reaction gegenüber, welche freilich ein ultramontaner Ausfall dieser Wahlen nicht unmittelbar gebracht, aber doch möglicherweise eingeleitet hätte, betrachtete jeder urtheilssfähige Bürger das ihm zustehende Recht zu wählen als eine unerlässliche Pflicht. Und das ist gewiß ein Fortschritt im politischen Leben, den wir jetzt den Rückschrittmännern verdanken, wenn sich die Ueberzeugung immer mehr und mehr Bahn bricht, daß eigentlich jedes von dem Volke erworbene politische Recht auch die Pflicht es auszuüben für den Patrioten involvirt, und daß das Unterlassen der Ausübung geradezu eine Pflichtverletzung ist.

Die Wahlen der Wahlmänner zu den 11 Kreisversammlungen sind in überwiegender Mehrzahl liberal ausgefallen. In den größeren Städten sind die Klerikalen mit einer ganz gewaltigen Majorität geschlagen worden, vor allem bedeutungsvoll in Karlsruhe selbst, wo die ultramontan-conservative Partei die Mehrheit gehabt hatte, auf ihre Wahlliste fast den ganzen Hofdienst des Großherzogs und eine Menge hoher Beamten zu setzen — eine wahre Proscriptionsliste, wie uns ein hochgestellter Mann gesagt hat, unzuverlässiger und zweifelhafter Anhänger des herrschenden Systems. Auf dem platten Lande dagegen hat die ultramontane Partei einige Wahlsiege zu verzeichnen, hauptsächlich in ganz kleinen, vom Verkehr entlegenen Dörfern, dann in solchen Ortschaften, in denen noch heute die finstern Wirkungen des alten bischöflichen Regiments nicht vernichtet sind, selbst in ein paar kleinen Städten, wo der Einfluß der Priester stärker war als das gesunde Urtheil der Bürger. In einem solchen Städtchen hat es sich zugetragen, daß, nachdem der liberale Ausfall der Wahlen im ganzen Lande bekannt geworden war, die Erwählten der Klerikalen sich plötzlich ihrer Patrone schämten und es für eine Beleidigung erklärten, wenn man sie ultramontan nenne.

Die protestantischen Gemeinden haben durchschnittlich im Sinne des Fort-

schritts gewählt, und die Geistlichen dieser Confession, mit etlichen, über Schenkel zürnenden Ausnahmen, sich sehr rühmlich vor ihren katholischen Collegen ausgezeichnet.

Ziehen wir die Summe der ganzen Wahlbewegung, so finden wir: Es galt eine Wahl zu Versammlungen, die lediglich einen administrativen Charakter haben. Niemals war eine Parteispaltung unnöthiger. Die Ultramontanen, auf die vermeintliche Stärke ihres Anhangs pochend, haben die Wahl zu einer großen politischen Demonstration machen wollen, welche der Regierung ein mächtiges Misstrauensvotum entgegenschleudern sollte. Grade das Gegentheil ist geschehen. Ohne es zu suchen, hat die Regierung durch eine Volksabstimmung, wie sie in Baden bisher unerhört war, ein unbedingtes Vertrauensvotum aus allen Theilen des Landes erhalten.

Die Föderativrepublikaner.

Bis gegen Ende des Jahres 1863 stand unter den Gegnern des vernünftigen deutschen Einheitsgedankens die großdeutsche Partei im Vordertreffen, ihre radicalen Bundesgenossen hielten sich mehr zurück. Allein was dem Fürstentage folgte, die Unfähigkeit Oesterreichs selbst unter den günstigsten Umständen über Preußens Widerstand gegen eine Bundesreform im conservativen Sinne Herr zu werden, die Entlarvung seines zur Schau getragenen deutschen Patriotismus während der schleswig-holsteinischen Erhebung, entzog der großdeutschen Partei allen Boden im Volk. Das sich entwickelnde preussisch-österreichische Doppelregiment über Deutschland schuf dagegen Stimmungen, wie sie sich der Radicalismus nicht besser wünschen konnte. So löst denn jetzt im Lager der süd- und mitteldeutschen Preußenfeinde der linke Flügel den rechten ab. Während es wohl noch sehr zweifelhaft ist, ob die im vorigen Jahre schon ausgesetzte Generalversammlung des Reformvereins diesmal zu Stande kommt, hat sich die sogenannte „deutsche Volkspartei“ am 18. September in Darmstadt zum ersten Mal förmlich gesammelt.

Das „deutsche Volk“ nahm sich in Darmstadt allerdings etwas ärmlich
Grenzboten III. 1865.